

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausgabe

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7486.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

Tagblattausgabe Nr. 9958-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.

Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7486.

Wegpreis: Vom Verlag bezogen: M. 30.—, durch die Ausgabestellen bezogen: M. 31.—, durch die Träger ins Haus gebracht M. 37.— monatlich. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postämter. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Träger keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.



Anzeigenpreis: Erstliche Anzeigen M. 5.—, ständige und Sukzessions-Anzeigen M. 7.—, auswärtsige Anzeigen M. 7.—, dritte Anzeigen M. 12.—, auswärtsige Anzeigen M. 18.— für die einseitige Anzeigenfläche oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme ununterbrochener Anzeigen entfällt der Nachschlag. — Schluss der Anzeigen-Einnahme für beide Ausgaben: 10 Uhr mittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Bismarckstraße 12, Fernsprecher: Amt Moritzplatz 15300.

Donnerstag, 6. Juli 1922.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 308. + 70. Jahrgang.

Die Bergbauverhandlungen.

In einer für das deutsche Wirtschaftsleben entscheidenden Frage reist in diesen Tagen die Entscheidung heran: in den Verhandlungen zwischen Arbeitgebern, Arbeitgebern und Regierung über die Neugestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Kohlenbergbau. Auch diese Verhandlungen sind durch die Untat der Rathenau-Mörder und die von ihr verursachte Erregung noch schwerer geworden, als sie es ohnehin schon waren. Und eine weitere Erschwerung bedeutet die fürchterliche neue Marktzerrüttung. Aber die Notwendigkeit, zu einem Ende zu gelangen, ist im allseitigen Interesse und im Interesse der Gesamtwirtschaft so außerordentlich dringend, daß sich keiner der beteiligten Faktoren länger der Forderung entziehen kann, rasch zu einer Vereinbarung zu gelangen, und daß man auch die Hoffnung hegen kann, die Vereinbarungen der Spitzenorganisationen schließlich von den Auftraggebern dieser Organisationen gebilligt zu sehen.

Es handelt sich einerseits um die Frage der Arbeitszeit, andererseits um die Frage des Arbeitslohnes. Die Arbeitszeit ist dadurch zu einem Problem geworden, daß die Kohlenproduktion unter der jetzigen Regelung nicht entfernt mehr den Bedürfnissen der Wirtschaft entspricht, so daß im Mai dreiviertel Millionen Tonnen englischer Kohle, im Juni angeblich sogar zwei Millionen — also genau soviel, wie andererseits als Reparation kostenlos aus Ausland abzuführen war — aus England eingeführt werden mußten. Der Ruf nach Neueinführung der sogenannten Übersichten, die schon einmal aus dringender Not halfen, ist darum immer stärker geworden, aber die Bergarbeiter lehnen sich aus verschiedenen Gründen ihm Folge zu leisten. Vor allem, weil die Bergarbeiterentscheidung entsprechend der Schwere und Gefährlichkeit ihrer Arbeit seit urdenklichen Zeiten das Privileg besitzt, nur geringere Zeit zu arbeiten als andere Arbeiterkategorien. Dann aus der Befürchtung heraus, daß, wenn man sich ausnahmsweise zur Überarbeit bereit erklären würde, aus der Notstandsmaßnahme bald eine feste Einrichtung werden könne, eine Befürchtung, zu der die Haltung mancher Zeichenbestitzer offenbar Anlaß gab.

Was die Lohnfrage anbelangt, so ist sie ebenfalls durch den Blick auf andere Arbeiterkategorien kompliziert. Auch in Bezug auf den Lohn war die Bergarbeiterentscheidung bisher am günstigsten gestellt, aber in neuerer Zeit hat sich in dieser Hinsicht ein Umschwung vollzogen. Es sind namentlich die Bauarbeiter, die sich heute zum großen Teil weit günstiger stellen, als die Bergarbeiter, und während der durchschnittliche Tagesverdienst des Bergarbeiters bisher etwas 180 bis 200 M. betrug, gibt es breite Schichten der Bauarbeiter, die sich schon auf über 300 M. im Tag stellen. Die Bergarbeiterentscheidung hält das für unbillig, und es hat auch allgemein wirtschaftliche Konsequenzen von großer Bedeutung, insofern nämlich bereits über 10 000 Arbeiter aus dem Bergbau in die Bauindustrie abgewandert sind, und das in einer Zeit, in der vermehrte Kohlenproduktion dringend notwendig wäre, in der die Bautätigkeit aber größtenteils nur Luxusbauten umfaßt. In der Lohnfrage bilden aber nicht die Unternehmer die Gegenpartei der Arbeiterentscheidung, sondern die Regierung. Die Kohlenwirtschaft ist noch reguliert und der Unternehmer ist es durchaus gleichgültig, ob die Löhne höher oder niedriger sind: es würde ihr gestattet werden müssen, entsprechend höhere Preise zu verrechnen, so daß sie durchaus auf ihre Kosten kommen würde. Die Regierung aber will unter allen Umständen den Kohlenpreis, der so außerordentlich entscheidend für das ganze innerdeutsche Preisniveau und die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie ist, niedrig halten und stemmt sich darum gegen die Lohnforderungen, die von der Arbeiterentscheidung erhoben werden.

Der Konflikt war bisher sehr erbittert und er wurde durch außerwirtschaftliche Faktoren noch verschärft. So klagen die Arbeitnehmer z. B. mit besonderer Heftigkeit über die Art und Weise, mit der man von Seiten der Unternehmer das Betriebsratsgesetz handhabt. In vielen Industriezweigen hat man das Betriebsratswesen bereits als ein ausgezeichnetes Mittel zur Wahrung des sozialen Friedens erkannt und bedient sich seiner rücksichtslos. Im Kohlenbergbau aber ist nach den Versicherungen der Arbeitgeber genau das Gegenteil der Fall, dort soll die Methode herrschen, durch allerlei juristische Kniffligkeiten den Betriebsräten jede Mitwirkung unmöglich zu machen, und das schafft eine Atmosphäre, die gütlichen Verhandlungen sicher nicht fördernd ist.

Trotz alledem scheint man jetzt eine Grundlage für eine Einigung gefunden zu haben, indem man der Ar-

beiterentscheidung eine durchschnittliche Erhöhung ihrer Bezüge um 65 M. zugestehen bereit ist. Die Gewerkschaften scheinen diesen Kompromißvorschlag empfehlen zu wollen. Die Frage hat inzwischen auch eine gewisse Entspannung durch die neuerliche Marktentwertung erfahren. Und so trostlos es ist, aus diesem Unglück Honig ziehen zu müssen, kann doch gesagt werden, daß durch diese neuerliche Entwertung der Kohlenpreis wieder so stark unter den Weltpreis gesunken ist, daß er jetzt wieder eine ziemlich starke Erhöhung vertragen kann. Das ist freilich nur ein Aufschub der endgültigen Entscheidung. Aber dieser Aufschub mag, wie so mancher vor ihm, dazu beitragen, daß für den Augenblick wenigstens ein Modus vivendi gefunden wird!

Die Pflichten der Beamten zum Schutz der Republik.

Br. Berlin, 5. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Entwurf eines Gesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik liegt jetzt dem Reichsrat vor. Wir erfahren aus seinem Inhalte, daß hinter dem § 10 des Reichsbeamtengesetzes zwei neue Paragraphen eingeschaltet werden sollen. Danach ist es den Beamten unterlagt, das Amt für Bestrebungen zur Änderung der republikanischen Staatsform zu mißbrauchen, oder bei Ausübung der Amtstätigkeit unter Mißbrauch der amtlichen Stellung über die republikanische Staatsform oder über die verfassungsmäßigen Funktionen des Reiches oder eines Landes Äußerungen zu tun, die geeignet sind, diese Funktionen in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Ferner ist den Beamten verboten, bei Ausübung der Amtstätigkeit oder unter Mißbrauch der amtlichen Stellung auf die ihnen unterstellt oder angewiesenen Beamten, Angestellten, Arbeiter, Jünglinge oder Schüler im Sinne mißachtender Verabredung der republikanischen Staatsform oder der verfassungsmäßigen Regierung des Reiches oder eines Landes einzuwirken und Handlungen der vorgelagerten Art bei den ihnen dienlich unterstellten Beamten zu dulden. Zuwiderhandlungen werden mit Dienstentlassung bestraft, in besonders schweren Fällen können andere Strafen angewendet werden.

Ein Arbeitgeber-Protest.

W. T. B. Berlin, 4. Juli. Die im Zentralausschuß der Unternehmerverbände zusammengefaßten Zentralorganisationen der deutschen Berufsstände haben an das Reichskabinett und den Reichstag folgende dringende Telegramme gerichtet:

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine Deutsche Angestelltenbund haben in Verbindung mit den sozialdemokratischen Parteien die Produktion, den Handel und den Verkehr in der Reichshauptstadt und im Reiches still, um politische Forderungen durchzusetzen. Die unterzeichneten schaffenden Verbände des Deutschen Reiches lehnen eine solche Verwundung wirtschaftlicher Kampfmittel mit politischen Forderungen mit allem Nachdruck ab. Eine solche Gewalttätigkeit ist nur dazu angetan, unter Wirtschaftselben erneut Erschütterungen auszulösen und das Vertrauen des In- und Auslandes auf die schaffenden Kräfte Deutschlands zu vernichten. Wir protestieren deshalb gegen diese folgenschwere Störung des Wirtschaftslebens und erwarten von der Regierung und Volksvertretung, daß sie solchen eigenmächtigen und das Land schädigenden Handlungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. — Zentralausschuß der Unternehmerverbände; Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände; Reichsverband der deutschen Industrie; Reichsverband des deutschen Handels; Reichsverband der deutschen Landwirtschaft; Reichsverband der deutschen Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen; Zentralverband des deutschen Großhandels; Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels; Hauptvereinschaft des deutschen Einzelhandels; Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes; Reichsverband der Bankleitungen; Dankbund für Gewerbe, Handel und Industrie; Reichsverband der Privatversicherungen; Arbeitgeberverband deutscher Versicherungs-Unternehmungen; Reichsverband des deutschen Vertriebsgewerbes.

Weitere Ausschreitungen.

Br. Berlin, 5. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir erfahren, ist es gestern in der Gegend von Magdeburg zu schweren Ausschreitungen gekommen. Bei Neuhaldensleben befindet sich ein dem Herrn v. Gneisenau gehöriges Rittergut, das von der Menge, als daraus ein Schutz abgegeben wurde, belagert wurde. Zwei im Rittergute befindliche Schutzeleute verteidigten es und töteten 3 der Demonstranten, während 4 verwundet wurden. 20 von Magdeburg zur Entsetzung beorderte Schutzeleute wurden entwaffnet und schließlich das Schloß nach längerer Belagerung gestürmt. Die beiden Schutzeleute wurden schwer verletzt, der Gutsvorwalter von Rosenburg soll getötet worden sein. Bis in die späten Abendstunden waren etwa 3000 Mann dort versammelt, die sich noch nicht zerstreut haben.

Die Räumung Oberschlesiens.

D. Paris, 5. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Räumung Oberschlesiens durch die interalliierten Truppen geht planmäßig weiter. Das nach der Teilung Oberschlesiens den Polen zugewiesene Gebiet ist denselben bereits ausgeteilt. Die gesamte Räumung wird planmäßig am 10. Juli beendet sein. Die interalliierten Truppen halten nur noch die Kreise Oppeln und Groß-Strehlitz besetzt, deren Übergabe an die deutschen Behörden nunmehr auch unmittelbar bevorsteht.

Nach einer weiteren Meldung aus Paris hat der französische Botschafter in Berlin im Auftrag seiner Regierung die Aufmerksamkeit der Reichsregierung auf die Zustände in Oberschlesien gerichtet.

Beisprechungen beim Reichskanzler über die politische Lage.

Br. Berlin, 5. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir hören, soll der Reichskanzler die Gewerkschaftsführer zu einer wichtigen Beisprechung der politischen Lage einladen haben. Bei dieser Gelegenheit werden wohl auch die Ausschreitungen gelegentlich der Demonstration zum Schutze der Republik zur Sprache kommen. In Berlin kursieren nämlich Gerüchte aus Moskau, daß Radek in Berlin angekommen sei, um die Kommunisten Deutschlands zu einer großen Tat aufzumuntern. Außerdem verlautet die russische Presse die Vorgänge in Deutschland mit einer großen Aufmerksamkeit. Dies wäre zwar kein Grund zu Beloräunigen, da es selbstverständlich ist, daß ein Land mit einer kommunistischen Regierung sämtliche revolutionären Vorgänge in anderen Ländern scharf beobachtet. Es werden aber außer dieser peinlichen Verleumdung der Vorgänge in Deutschland gleichzeitig lange Gesartikel veröffentlicht, wonach die deutschen Kommunisten zu entsetzlichen Taten gedrängt werden. Die „Browda“ bedauert sogar, daß in Deutschland keine Führernatur da ist, die die Schlußfolgerungen aus der Lage ziehen ließe. Gegenüber diesen übertriebenen Erwartungen wegen der an und für sich bedeutungslosen Artikel, die meistens durch ein Mißverständnis und auch durch unverständliche Elemente hervorgerufen wurden, kann nur betont werden, daß die deutsche Republik sich gegen rechts und radikal links, Sozialdemokratie und Unabhängige Sozialdemokratie, Partei vertritt. Die Politik Moskaus aus entscheidende und in dieser Beurteilung liegt gleichzeitig eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit, die die Parteien überhaupt nicht emigrieren läßt. In diesem Zusammenhang ist es zu richtig, was die „Browda“ sagt, daß es in Deutschland an einer Person fehlt, die alle Meinungsverschiedenheiten zusammenführt und aus ihnen das Gute läßt. Den kommunistischen Drahtziehern kann daher mit einer Warnung zugerufen werden. Die belohnende Arbeiter-, Beamten- und Angestelltenentscheidung ist auf der Wacht, sie wissen alle, daß in Deutschland irgend eine Regierung, die sich auf Diktatur aufbaut, nicht bestehen kann. Hier in dieser Frage müssen eben auch außenpolitische Gesichtspunkte miteinwirken, denn die Außenpolitik ist für Deutschland ausschlaggebend, da ihr der Verfall der Reichsregierung die Richtlinien der deutschen Politik vorschreibt. In den Gewerkschaftstreffen ist man sich darüber einig, daß die deutsche Republik nicht steht und man sieht dort große Hoffnungen auf den Regierungseintritt der U. S. D. D.

Ein Aufruf der U. S. D. D.

Br. Berlin, 5. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Zentralleitung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands erläßt einen Aufruf an ihre Mitglieder, in dem sie die geschlossenere Front der Arbeiter, Angestellten und Beamten als unbedingt notwendig verlangt um Schutze gegen die Reaktion. In dem Aufruf heißt es: „Ein Blick zum Schutze der Republik soll die Grundlage schaffen für die Wiederherstellung der Reaktion und zur Sicherung der Lebensinteressen der arbeitenden Massen. Diese Maßnahmen können wirksam durchgeführt werden, wenn die Verfassungsgewalt über die Staatsmacht in den Händen entschlossener Republikaner liegt. In dieser Situation erfordert die Einheit des Proletariats, daß auch die unabhängige Sozialdemokratie bereit ist unter bestimmten Voraussetzungen in die Reichsregierung einzutreten und damit die Exekutive mit in die Hand zu nehmen. Der erste Schritt der unabhängigen Sozialdemokratie in die Reichsregierung wäre ein außerordentlicher Schritt in einer außerordentlichen Situation.“

Die Verfolgung der Rathenau-Mörder.

W. T. B. Allenstein, 4. Juli. Nach einer Mitteilung der Polizeiverwaltung wurde gestern auf Anordnung des Berliner Polizeipräsidenten ein junger Mann unter dem dringenden Verdacht der Mitwirkung an der Ermordung Rathenaus festgenommen. Wie das „Altensteiner Volksblatt“ erzählt, handelt es sich um einen ehemaligen Offizier namens v. Oppen, der lebhaft weber in verwandtschaftlichen noch in freundschaftlichen Beziehungen zu dem Reichspräsidenten v. Oppen steht.

Br. Dresden, 5. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Über den schon gemeldeten Waffenschuß in Freiberg i. S. werden noch folgende Einzelheiten bekannt. Am 1. Juli wurden in dem Wohnhaus des verhafteten Fabrikanten Johann Rückenmeister die Räumlichkeiten durchsucht, wobei durch Abhören der Wände festgestellt wurde, daß ein unzugänglicher Raum vorhanden war. Nach Durchbrechung der Mauer wurden in diesem Versteck Minenwerfer, Maschinengewehre, Karabiner, Munition usw. vorgefunden. Auf einem Maschinengewehr lag ein Stimmgabel der Deutschen Nationalen Volkspartei für den dortigen Wahlkreis zur Wahl vom 16. Juni 1920 und ein Schreiben, das von Rückenmeister unterzeichnet ist, und welches die Worte enthält: „Ich habe die Waffen in der Hölle“ ruhen sollen bis sie zur „Tat der Rache“ gebraucht werden. Die Waffen kommen nun den ehemaligen Reichswehrsoldaten bei deren Führer und Leiter der Geschützführer Lehmann aus der Deutschen Nationalen Volkspartei in Freiberg i. S. Lehmann hat die Waffen gemeinsam mit anderen Offizieren in Automobilen zu Rückenmeister gefahren und einmuriert.

Der Präsident des Reichsgerichts Delbrück f.

W. T. B. Leipzig, 4. Juli. Der Präsident des Reichsgerichts, Heinrich Delbrück, ist heute gestorben.

Der Reichspräsident hat an die Witwe Maria Delbrück folgendes Telegramm gerichtet:

Sie dem schweren Verlust der Sie durch das Ableben Ihres Gemahls betroffen hat, spreche ich Ihnen aufrichtige Teilnahme aus. Die hohen Verdienste, welche der Verstorbene in der von ihm bekleideten Reichsämtern, insbesondere in dem Amte des Präsidenten des höchsten Gerichtshofes des Deutschen Reiches erworben hat, werden ihm ein ehrendes Andenken im Deutschen Reiches sichern. Auch ich werde dem von mir hochverehrten Verstorbenen ein treues Andenken bewahren.

Preussischer Landtag.

Br. Berlin, 5. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Im Landtag sprach am Dienstag bei der zweiten Beratung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung als erster Redner der Zentrumsausschüsse Riehl. Er behauptete, daß die Länder durch die Finanzgebarung des Reiches mehr Provinzen des Reiches als selbständige Bundesstaaten geworden seien und trat dafür ein, den Ländern und Gemeinden wieder einen beweislichen Faktor in den Einnahmen zu geben, denn mit prozentualer Erhöhung der Überweisung sei ihnen nicht gedient. Nur die Einkommensteuer komme als solcher beweislicher Faktor in Frage, und es müsse ein Weg gefunden werden, um die Steuerkraft der Länder und Gemeinden nach dieser Richtung wiederherzustellen.

Abg. v. Canner (D. Vot.) wies auf die bestehende Finanznot der Gemeinden hin.

Abg. Meier-Berlin (U. S.) beschäftigte sich mit den preussischen Finanzen und verlangte als Hauptaufgabe einer gesunden Finanzpolitik eine weit ausdehnende soziale Fürsorge.

Finanzminister Dr. v. Richter erklärte, daß in Bezug auf die soziale Fürsorge die Beschlüsse des Hauptauschusses des Staatshaushalts mit einem Mehr von 85 Millionen belaufen, und im übrigen alles bewilligt worden sei, was das Wohlfahrtsministerium verlangt hätte. Der Minister betonte, daß er unter allen Umständen an der Grundsteuer festhalten werde. Nachherend sei die Teilnahme der Länder und Gemeinden an der Einkommensteuer.

Abg. Käß (Komm.) schloß die Hausordnung an der Not der Gemeinden dem Finanzminister an.

Der Etat wurde dann nach den Anschließbeschlüssen bewilligt.

Der Gesetzentwurf über die Festsetzung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1922 wurde ohne Aussprache angenommen.

Darauf kam der Gesetzentwurf über die Neuordnung der Kommunalverwaltung und -verwaltung in der Ostmark zur zweiten und dritten Beratung. Durch diese Vorlage wird u. a. die Provinz Grenzmark-Posen-Mecklenburg geschaffen. Der Regierungsbaurat Mäurer wird der Name Westpreußen. Das Gesetz soll rückwirkend ab 1. Juli in Kraft treten.

Nach kurzer Aussprache, an der sich vorsitzweise Abgeordnete der ostpreussischen Wahlkreise beteiligten, wurde das Gesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen. Die Abstimmung wurde auf Mittwoch verschoben.

Das Haus vertagte sich darauf auf Mittwochvormittag 11 Uhr.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Br. Berlin, 5. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Reichstagsferien werden, wie wir hören, frühestens am Donnerstag nächster Woche beginnen. Die laufende Woche dürfte vollständig ausgeschüttet werden durch die rein politischen Erörterungen über das Schuggesetz für die deutsche Republik und durch kleinere Vorlagen. Zwischen den Parteien gehen die Erörterungen über die Erweiterung der Regierung einher. In der nächsten Woche wird das Gesetz über die Zwangsanleihe fertiggestellt werden müssen. Die Anträge auf Reform der Erbschaftsteuer und Änderung der Einkommensteuer werden im Steuerauschuß vorberaten werden.

Die Hamburger Frage.

Br. Berlin, 5. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die so hoffnungsvoll begonnene Verhandlung zwischen Preußen und Hamburg über die Abtretung preussischen Gebietes zur notwendigen Erweiterung des Hamburger Hafens ist leider vorläufig gescheitert. Der Hamburger Senat hat der preussischen Regierung mitgeteilt, daß er sich von einer Vertiefung der bisherigen Verhandlungen keinen Erfolg mehr versprechen könne, nachdem die preussischen Unterhändler ihm im Rahmen der Verhandlungen vorgelegten Fragen nicht beantwortet hätten. Gleichzeitig hat sich der Hamburger Senat der Reichsregierung gegenüber bereit erklärt, an neuen Verhandlungen teilzunehmen, wenn sie unter Beteiligung und Fortschritt des Reiches für zweckmäßig gehalten würden. Der Vorsitz der Reichsregierung in der Streitfrage ist in der Tat um so angestrengter, als die Erweiterung des Hamburger Hafens keineswegs nur lokale Bedeutung hat, sondern im Hinblick auf die weitere Entwicklung der deutschen Gesamtwirtschaft und des deutschen Handels von größter Tragweite für die Zukunft des Reiches ist. Kommt keine gütliche Einigung zustande, so kündigt der Hamburger Senat an, daß er von der in der Reichsverfassung gegebenen Möglichkeit Gebrauch machen und ein verfassungsänderndes Reichsgesetz beantragen wird.

Die nächste Völkerverversammlung.

D. London, 5. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Nach offiziellen Mitteilungen wird die nächste Versammlung des Völkerverbundes am 17. Juli in London stattfinden.

(M. Berichtigung.)

Rachdruck verboten.

Schiffbruch.

Roman von Margarete Schmitzer.

Gefine aber antwortete: „Weißt du, Mutter, heute Abend siehst du ordentlich hübsch aus!“

„Ja“, mischte sich Mändebrodt ein, „wissen Sie, Mudding, das wollt ich vorhin schon sagen.“

„Ich war auch ein ganz hübsches Mädchen“, bemerkte Frau Brandes nicht ohne Stolz.

„Hast du nicht ein Bild von dir als junges Mädchen, Mutter?“

Luis hatte keine Lust, es hervorzuholen, aber schließlich brachte sie aus der Kommodenschublade eine verblaßte Photographie hervor. Ein feines, zartes Mädchen mit sehnsüchtigen Augen war darauf dargestellt.

„Das bist du, Mutter?“ fragte Gefine in maßlosem Erstaunen, und Mändebrodt sagte bloß mehrmals „Donnerwetter!“ und verglich das Bild mit dem Original.

Ein fast unbehagliches Schweigen entstand.

„Ja“, sagte Luis trocken und sah mit bedeutungsvollem Blick auf Gefine, „die Armut hat mich zu dem gemacht, was ich heute bin.“

Damit schloß sie das Bild fort.

Die Kinder kamen aus der Küche gestürzt, denn draußen war alles fertig und die Unterköchin verabschiedete sich. Mändebrodt schenkte ihr 20 Mark und fragte sie, wie ihr Gefine gefalle.

„Ein schönes Mädchen“, sagte die Köchin aus tiefster Überzeugung, „nich bloß, weil Sie mich zu 20 Mark geschenkt haben, Herr Mändebrodt. Ich bewahre immer gern hebb, sei vor immer fründlich to alle Lid.“

Schließlich waren alle Beteiligten müde von dem Übermaß des Glückes an diesem Abend und Mändebrodt verabschiedete sich. Karl mußte ihm mit der Küchensampe hinunter leuchten, denn es schied sich nicht, daß das Brautpaar sich etwa noch unten im

Frankreich gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund.

W. T. B. London, 4. Juli. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ meldet bezüglich der Haltung der französischen Regierung gegenüber einer Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund bei dessen Wiederaufbau, daß er bei der Mitteilung ermächtigt, daß die französische offizielle Haltung keinerlei Änderung erfahren habe. Man sei in Paris der Ansicht, daß der Augenblick zu der Aufwertung dieser Frage nicht opportun sei. Wenn diese Frage aufgeworfen werden sollte, dann werde Frankreich, da kein Beweis für die Aufrichtigkeit Deutschlands vorhanden sei und angesichts des augenblicklichen unbefriedigenden und ungeordneten Zustandes der Probleme, die die deutsch-französischen Beziehungen grundlegend berühren, keine andere Wahl haben, als sich jedem Vorschlag, betr. die Zulassung Deutschlands in den Bund, zu widersetzen. Die französische Regierung sei der Ansicht, daß durch das Vorhandensein mehrerer starker und militärischer Komplotte, die Anzettelung auf französische Truppen, die Ermordung Rathenau und andere beunruhigende Vorfälle der Vorschlag auf Zulassung Deutschlands als verfehlt erscheine.

Englische Kohlen für Reparationszwecke.

Br. Berlin, 5. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Meldung, daß die deutsche Regierung eine Note an die Reparationskommission gerichtet habe, in der sie sich bereit erklärt, für die rückständigen Reparationslieferungen englische Kohlen anzukaufen und zu abgeliefern, ist insofern richtig, als ein solcher Vorschlag tatsächlich den hier weilenden Mitgliedern des Garantiekomitees gemacht worden ist und von diesem nach Paris weitergeleitet wurde. Infolge der verminderten Kohlenförderung und der Abtrennung Oberschlesiens hatte die Regierung keine andere Möglichkeit gehabt, ihren Verpflichtungen nachzukommen, als lediglich diesen einen Ausweg. Über die Kohlenfrage dürfte wohl im Laufe dieser Woche oder Anfang nächster Woche in Paris verhandelt werden. Die deutsche Regierung hat im übrigen der Reparationskommission auch eine Denkschrift über die politische Lage übergeben, worin namentlich betont wird, daß die neu selbständigen Lieferzahlen für die Reparationskohlen nicht mehr die bisherige Höhe beibehalten können.

Eine Rede Poincarés zum amerikanischen Unabhängigkeitstag.

W. T. B. Paris, 5. Juli. Bei dem gestern Abend von der amerikanischen Handelskammer aus Anlaß des Unabhängigkeitstages stattgehabten Banquet, dem Ministerpräsident Poincaré beizuwohnte, hielt dieser eine Rede: Er erklärte: Nachdem wir, Frankreich und Amerika, im 18. Jahrhundert nach einem Vortritt Frankreichs gemeinsam in Amerika die Freiheit Europas verteidigt hätten, hätten wir in Europa die Freiheit Amerikas zu verteidigen, das Amerika, das mit der gesamten Welt durch den deutschen Imperialismus bedroht war. Bevor selbst die Vereinigten Staaten sich entschlossen hätten, in den Kampf einzutreten, hätten sie den Verdunnen, den Witwen und Waisen Frankreichs eine Großmut gezeigt, denen wir eine feste Erinnerung bewahren werden. Während dreier Jahre war Frankreich auf Vorkosten mit seinen Alliierten, Belgien und England, geblieben und hatte die Dedungsarmee für die civilisierte Welt gebildet. Indem sich Amerika für uns aussprach, hat es anerkannt und allen Völkern zum Ausdruck gebracht, daß Frankreich die hohen Gedanken verteidigt habe, die am 4. Juli 1776 in der Erklärung des amerikanischen Kongresses niedergelegt sind. Poincaré sagte, zu den Mitgliedern der Handelskammer gewandt: Sie leben unter uns: lassen Sie das Ihren Soldaten, die uns nicht kennen und die uns nicht verstehen, daß wir weder Aufhänger, noch kleine, als Demagogen verführte Krieger sind, noch Kinder, die mit Soldaten spielen wollen, sondern ruhige und arbeitssame Leute, deren Boden so oft angegriffen wurde und der noch einmal mehr verunreinigt worden ist, daß wir nun verlangen, für unsere Verluste entschädigt zu werden, damit wir etwas imstande sind, die unterbrochene Arbeit wieder aufzunehmen.

W. T. B. Paris, 4. Juli. Aus Anlaß des amerikanischen Unabhängigkeitstages hat der Präsident der Republik Millerand an den Völkerverbänden Harding ein Telegramm gerichtet, in dem gesagt wird, die gemeinsamen Wählungen, die die beiden Nationen Seite an Seite erleben, hätten, um der Welt die Herrschaft der Freiheit zu demonstrieren, hatten den Jahrestag, an dem die beiden Völker den Triumph der edlen Sache feierten noch lieber und eindringlicher gefeiert. Im Namen Frankreichs, das mit den Vereinigten Staaten von Amerika in handlicher Freundschaft verbunden sei, richte er deshalb an die große Republik die herzlichsten Glückwünsche.

Lenins Erkrankung.

D. Kopenhagen, 5. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Nach russischen Meldungen wird sich Lenin noch in diesem Monat nach der Krim begeben, um seinen Gesundheitszustand endgültig wiederherstellen zu lassen.

Haus blieb. Aber zwar — und hier tat der Mal einen kräftigen Schlag — „er fühlte sich in der Nähe Hausflur abflüchte. Luis war sehr streng darin, denn sie wußte genau, daß alle Hausbewohner heute noch auf den Beinen waren, um hinter Türen und Schlüssel-Löchern so viel wie möglich aus eigener Anschauung an den hochbedeutsamen Ereignissen teilzunehmen, die sich im Hause Brandes abspielten.“

Und Gefine war schließlich ganz froh über diese Strenge.

XVIII.

Die kommenden Tage und Wochen brachten für Gefine Brandes die seltsamsten Beobachtungen.

Nachdem die Verlobungsanzeige in großem Format in der Zeitung gestanden und nachdem Mändebrodt die Verlobungsringe gekauft und für Gefine ein Halsketten mit einem wunderbaren Anhänger, bestehend aus einer länglichen Perle und einem Brillanten, nachdem also die Tatsache dieser Verlobung nicht mehr bezweifelt werden konnte, war es ergötzlich festzustellen, wie die Familie Brandes plötzlich in der Stufenleiter der menschlichen Hochachtung um viele Stufen emporstieg.

Sämtliche Verwandten hatten in liebenswürdiger Weise gratuliert, Frau Schröder und Frau Dierksen erschienen persönlich mit Blumensträußen und auch Frau Mathiesen kam mit Antje und Wilhelmchen, und ihre Rede rauschte wie ein Mühlenwehr so schnell und betriebsam dahin. In diesem Mühlenwehr aber wand sich wie ein Wal ein schwer zu fassender, aber immerhin deutlich sichtbarer Reiz.

„Sie werden sich dann wohl bald eine schöne Villa am Wall bauen, was, Fräulein? In der alten Postwerksbude hier unten denke ich es mir nun ja gräßlich zu wohnen. Ewig den Geruch der Schiffshandlung mit all dem Teer und Hering und Tauwerk, das kann Herr Mändebrodt seiner jungen Frau ja wohl gar nicht zumuten. Reisten kann er sich solche Villa ja eher als unsereins. Wir haben uns schon immer gewundert, warum dieser reiche Mann da in dem alten

Die Not der Presse.

Br. Berlin, 5. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der volkswirtschaftliche Ausschuh des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit dem Gedanken an über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Not der Presse. Der Entwurf wies den Ländern die Verpflichtung auf, mit dem 1. Juli 1922 an eine Kasse der deutschen Presse einen Beitrag abzuführen, der für das dritte Vierteljahr 1922 2 M. auf der Kopf der Bevölkerung ausmacht. Die Länder werden ermächtigt, die Summe auf die Fortbesteller nach einem von ihnen gewählten Maßstab umzulegen. Für die Länder, deren Bestand an Fortbestellern gering ist, ist eine Ermäßigung der Auflage auf die Hälfte vorgesehen. Die Kasse soll eigene Rechtsverhältnisse besitzen. Für den Fall, daß die Kasse nicht ändern wird, wird die Regierung ermächtigt, die Auflage entsprechend zu erhöhen oder herabzusetzen. Um sicherzustellen, daß die der Presse ausgeführten Mittel ihr nicht durch höhere Forderungen der Druckpapier- und Zellstoffindustrie wieder entzogen werden können, wird die Reichsregierung ermächtigt, Preisprüfungen vorzunehmen und Höchstpreise festzusetzen.

Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums erklärte dazu, daß an eine solche Holzpreisfestsetzung für Papierholz nicht gedacht sei, weil das Holz sonst wahrscheinlich vom Markt verschwinden würde, sondern nur erforderlichenfalls für Holzstoff, Zellstoff und Druckpapier. Im übrigen führte er zur Begründung der Vorlage aus, daß die Not der Presse die Gefahr mit sich bringe, daß inländische oder ausländische Interessenten die Zeitungen in die Hände bekämen, die sich unter den bestehenden Verhältnissen nicht halten könnten. Die notwendigen Geldmittel könnten durch eine Abschau vom Waldbesitz aufgebracht werden, der bisher bei voller Freiheit seiner Wirtschaft und der Anpassung seiner Verkaufspreise an den Weltmarkt weniger als andere Erwerbszweige von der ungünstigen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse beeinflusst worden sei. Die Regierung rechne unter den heutigen Verhältnissen unter Zuzurechnung eines Druckpapierverbrauches von 2000 Doppelbögen monatlich mit einem Jahresbedarf von 400 Millionen Mark. Umgerechnet bedeutet das bei einer Bemessung nach dem Marktwert des Holzes eine Belastung von 2 Prozent, bei einer Bemessung nach der Fläche von etwa 32 M. für den Bedarf im Jahre.

Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums gab dann einen Überblick über die inwärtigen erfolgten Verhandlungen im Reichsrat. Erwägungswert erweise der Vorschlag, die Lasten in der Weise auf breitere Schultern zu verteilen, daß eine mögliche Abschau von der Gesamtausfuhr und vom Holzumsatz erhoben werde, und daß Industrie und Landwirtschaft gemeinsam die notwendigen Mittel aufbringen. Die Regierung halte jedoch vorläufig ihren Entwurf aufrecht.

Nach eingehender Besprechung wurde die Vorlage an den bereits früher zur Behandlung der Notlage der Presse abgeordneten und aus 15 Mitgliedern bestehenden Arbeitsausschuß zur beschleunigten Beratung überwiesen.

Vor einer Umbildung der englischen Regierung.

W. T. B. London, 4. Juli. Der politische Berichterstatter der „Daily Mail“ schreibt, daß eine baldige Umbildung der Regierung geplant sei. Es verlange, daß die von betroffenen Minister Lord Curzon, Lord Balfour, der Präsident des Handelsamtes Baldwin, der Staatssekretär des Innern Buxton und der gemeinsame Parlamentssekretär des Schatzamtes Curdson sein werden. Lord Curzon's Krankheit könne er nicht zu sein, als man annehmen habe und man könne annehmen, daß Lord Balfour das Amt des Staatssekretärs des Innern endgültig übernehmen werde.

Zwische Flugzeugläufe.

D. London, 5. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Regierung des irischen Freistaates verhandelt gegenwärtig wegen des Verkaufs von Militärflugzeugen an England Konstruktion. Der Kauf soll unmittelbar vor dem Abschluss stehen. Die Übergabe der Flugzeuge an Irland wird in Kürze erfolgen.

Die Regierung von Kanton bleibt.

D. Peking, 5. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Liu Shana, der Vizepräsident der chinesischen Republik, erhielt eine Depesche, unterzeichnet von sämtlichen Mitgliedern der provisorischen Regierung von Kanton, welche die Abdankung der Regierung von Kanton zugunsten der Zentralregierung ablehnt. In unterzeichneten Kreisen wird diese Maßnahme als außerordentlich wichtig für die Einigung Chinas angesehen. (?)

vom „Goldenen Anker“ sicher am wohlsten. Verkehrt in den guten Familien hatte er gar nicht.

„Den hat er auch nie gesucht“, warf Frau Brandes kühl ein, die sich innerlich ärgerte, „gefunden hätte er ihn schon. Geld öffnet alle Türen.“

„Alle nicht“, erwiderte Frau Mathiesen spitz.

Und Gefine, die sich gleichfalls über ihre frühere Herrin ärgerte, bemerkte: „Was Sie von der Wohnung sagen, stimmt auch nicht, Frau Konsul, die Zimmer sind groß und wunderschön eingerichtet, und ein Badezimmer ist auch da.“

„Gott — Badezimmer“, Frau Mathiesen schürzte verächtlich die Lippen, „das ist doch überhaupt bei gebildeten Menschen nicht anders denkbar.“

Da holte Gefine zur Strafe das Lederetui mit dem Anhänger hervor, und mit verkniffenen Lippen stellte die Mathiesen fest, daß sie keinen so kostbaren Schmuck besaß.

Aber Antje und Wilhelmchen gingen in alter Zuneigung an Gefine und küsserten ihr beim Abschieds- und daß das neue Fräulein schrecklich sei, und daß das neue Fräulein schrecklich sei.

Jast jeden Abend kam Mändebrodt. Und das war der Schattens, der in der Sorglosigkeit dieser Tage fiel. Denn nicht jeden Abend gab es Sekt und Scharls über 10000 Mark. Aber dafür wurde Mändebrodt in seinen Liebeskosen immer dreister, und es war nicht zu verkennen, daß er das junge Mädchen als sein Eigentum betrachtete, über das er verfügen konnte, wie er wollte. Zwar kam es ab und zu vor, daß sich in diesen langen, wunderbaren Juniabenden, wenn man im Zwielicht sah und von Mändebrodt's Gesicht nicht allzuviel mehr zu erkennen war, auch in Gefine's Adern das Blut regte und sie wohl hingebend in seinem Arm lag, mit geschlossenen Augen und — dabei an den anderen denkend, aber meist war sie froh, wenn die Mutter und die Kinder zugegen waren und sich der verliebte Mann in deren Gegenwart Zügel anlegen mußte. Ja, häufig bat sie die Mutter: „Geh' nicht hinaus, bitte, ich mag nicht mit ihm allein sein.“ (Fortsetzung folgt.)

Wiesbadener Nachrichten.

Über Pachtpreise für Kleingärten.

Neben der Landbeschaffungsfrage ist die Pachtpreisfrage wohl die brennendste auf dem Gebiet des Kleingartenbaus. Auf Grund der Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung (Reichsgesetz vom 31. Juli 19) ist allenfalls im Deutschen Reich eine Neuordnung dieser Preise im Gange, zum Teil, besonders von Kleingartenbesitzern in Stadtverwaltungen auf Grund von Kleingartenlandverzeichnissen (Katastern) schon durchgeführt. Von diesen Verwaltungen wurden bei der Festlegung außer den im Gesetz vorgeschriebenen Gesichtspunkten (örtliche Verhältnisse und Ertragswert) die soziale Lage des Kleingärtners und der soziale Einklang der Kleingartenbewegung, sowie namentlich deren volkswirtschaftliche Bedeutung in billiger Weise berücksichtigt. Diese im Geist des Gesetzes liegende Auffassung erscheint berechtigt, wenn anders man die soziale Bedeutung des Kleingartenbaus nicht ganz verneinen will. Umstritten sind vielfach noch die Ertragswerte des Grundstücks bestimmenden Faktoren, da es an Statistiken über Kleingarten-erträge noch fehlt und die Bewertung der durch den Kleingärtner und seine Familie geleisteten Arbeit noch schwerigkeitsfrei bewertet. Im allgemeinen wird man daher den landwirtschaftlichen Ertragswert mit einer geringen Erhöhung für Kleingarten-erträge Mehrertrag zugrunde legen müssen (Zehnerertrag), wobei selbstverständlich die Arbeitszeit als Unkosten angesetzt werden muß. Ferner wird die Bodenqualität zur Zeit der Übernahme des Gartens in Rechnung zu stellen sein und dabei berücksichtigt werden müssen, daß die Kleingärtner oft, wenn nicht meist, Gemüse überbauen, was weder ein Landwirt noch ein Gärtner möchte. Es ist aus diesem Grunde in mehreren Städten die Bestimmung getroffen worden, daß Brachland und Schuttfelder 1 Jahr lang pachtfrei abgegeben und dann in die unterste Klasse eingereiht werden. Die Festsetzung der Bodenpreise könnte aus den Bewertungen der Katasterämter für die Grundsteuer entnommen werden, andererseits müßte sie bei der Aufstellung der Kleingartenlandverzeichnisse, die durch ministerielle Verordnung aus schwer wogenden Gründen vorgezeichnet ist, stattfinden. Natürlich könnte man auch die Vorkriegspreise als grundlegend dafür betrachten. Zur Klarstellung der Pachtpachtsverhältnisse trägt es bei, wenn in jedem Pachtpachtvertrag zunächst nur der Preis für den Nutzungswert des Landes (Hoflandpreis) bestimmt wird, und alle weiteren Leistungen des Pächters, wie Erhaltung und Unterhaltung, Wasserleitung, Obstbaumkultur und anderes mehr, besonders berechnet werden. Von Einfluß auf den Pachtpreis ist auch die Dauer des Pachtpachtsverhältnisses. Ein Kleingärtner, dem durch langfristigen Pachtpacht ein Besitz und Bewirtschaftung und somit die Früchte seiner Arbeit gewährleistet werden, kann rationeller und damit volkswirtschaftlicher arbeiten und somit auch einen höheren Pachtpreis erlegen als einer, der dauernd mit der Klammung rechnen muß. Dabei ist anzuerkennen, daß die Pachtpreise auch während der Vertragszeit von Zeit zu Zeit erhöht werden können. Es wird auch jeder verständliche Kleingärtner der Notlage seiner Gemeinde Rechnung tragend, gern einen angemessenen, mit dem sozialen Zweck vereinbaren Pachtpachterhöhung zustimmen. Dagegen müssen zufällige Steuerbelastungen des Grundstücks, Hypotheken, Kaskofonds als solcher und ähnliche mit dem Kleingartenwesen nicht in ursächlichem Zusammenhang stehende und mit Sinn und Wortlaut der Kleingartenordnung nicht vereinbare Umstände als unberechtigt zurückgewiesen werden.

Die Stellungnahme der Regierung zu den Kleingartenpachtpreisen stimmt im allgemeinen zu dem von ihr geschaffenen, oben erwähnten Reichsgesetz, das den Charakter eines sozialen Schutzes trägt und beruht in das Grundbesitzrecht eingreift ähnlich wie das Mietrecht in das Hausbesitzrecht. Es wäre daher keine unbedachte Forderung, wenn durch die unteren Verwaltungsbehörden für Kleingärten Pachtpreise auf Grund der Vorkriegspachtpreise mit prozentualen Zuschlägen für den ganzen Stadtbezirk eingeführt würden. Dies ist in Magdeburg schon geschehen. Der dortige Magistrat schreibt darüber: „Die bei uns eingeführte Regelung (Friedenspreis von 1914 und prozentuale Zuschläge) hat sich bestens bewährt. Die Festsetzung des Vorkriegspreises für solche Kleingärten, die erst nach 1914 entstanden sind, geschieht durch unsere Landesregierung. Eine Verteilung nach Bodenklassen ist nicht erfolgt, da diese in der verschiedenartigen Höhe des Preises von 1914 ihren Ausdruck findet. Der Friedenspreis für bebautes Rohland (1914) betrug 8 Pf. pro Quadratmeter, auf den je nach den gemachten Aufwendungen ein Zuschlag von 150 bis 350 Prozent gelegt wird. Somit kostet die Aute (25 Quadratmeter) bebautes Rohland jetzt in Magdeburg 5 Pf. Weitere Zuschläge werden für Baum, Wasserleitung usw. berechnet.“

— Deutsche Handelskammern im Ausland. Deutsche Handelskammern bestehen im Ausland in Buenos Aires, Valparaiso, Montevideo, Mexiko und Zürich. Eine deutsch-

amerikanische Handelskammer gibt es in New York. Sie hat eine Vertretung in Berlin. Auch der Verband Deutsch-Brasilianischer Firmen in Rio de Janeiro wird in Deutschland vertreten, und zwar durch die Geschäftsstelle der deutschen Handelskammern in den latein-amerikanischen Ländern in Hamburg. Eine Deutsch-ungarische Handelskammer besteht in Budapest, eine Deutsch-italienische Handelskammer in Mailand, endlich eine Deutsche Wirtschaftskammer in Wien. Die Handelskammern im Inland können mit diesen Kammern, insbesondere bei der Schlichtung von Streitigkeiten zusammenarbeiten. Dann können die ausländischen Kammern vor allem auch über ausländische Gesetze und Verordnungen, über Zölle, Ein- und Ausfuhrverordnungen und dergleichen berichten.

— Die Haftung der Postbeamten bei der Annahme von falschem Bargeld. Falsches Bargeld ist eine Gefahr für alle Kassabeamten. Über die Haftung der Postbeamten bei deren Annahme hat der Reichsminister der Finanzen allgemeine Grundsätze aufgestellt. Nach wie vor gilt der Grundsatz, daß der Kassabeamte für denartige Verluste persönlich zu haften hat. Solche Verluste können auf die Reichskasse nur übernommen werden, wenn der Beamte nach dem Ergebnis der Untersuchung dienstlich ein Verschulden durch Versehen oder grobe und leichte Fahrlässigkeit nicht zum Vorwurf gemacht werden kann, und wenn von der Reichsbank Ersatz nicht zu erwarten ist. Treiben diese Voraussetzungen zu, so soll der volle Betrag auf die Reichskasse übernommen werden. Er wird auch nicht auf die Entschädigung angerechnet, die dem Kassabeamten für Kassenausfälle zusteht. Ein Verschulden soll dann angenommen werden, wenn die Handlungen geschäftlich oder persönlich geschäftlich sind. Die Frage, ob eine leichte oder eine schwer erkennbare Fälschung vorliegt, ist unter Zuziehung erfahrener Kassabeamten und des förmlichen Beamtenschieds nach dem bisherigen Tatbestand an sich zu entscheiden.

— Geästete Tiere. Der Mensch hat gewisse Tiere in Acht und Bann getan, und es gibt nichts Schrecklicheres für ihn als eine Kröte oder eine Eidechse. Traut man aber nach den Gründen, aus denen diese Geschöpfe der allgemeinen Ächtung und Verachtung unterliegen, so findet man, daß hier in vielen Fällen ein großes Unrecht begangen ist. Wie viele Kröten, Kauten, Würmer, von denen man sich mit Ekel abwendet, sind harmlose und sogar sehr nützliche Tiere! Besonders das Schlangengeschlecht scheint noch immer dem alten Fluch zu unterliegen, der von den Seiten der Umweltscha auf ihm lastet. Warum würden sonst so viele Blindkriecher alljährlich ertränkt werden? Warum würde man sonst der reisenden Eidechse, der gemütlichen Ringelnatter so grausam den Krieg erklären? Die Blindkriecher ist ein sehr nützliches Mitglied der Natur, denn sie nährt sich ausschließlich von Insekten und ähnlichen kleinen Tieren, die sehr schädlich sind. Auch die Ringelnatter ist von den wirklich giftigen und gefährlichen Tieren in ihrer Rasse und ihrer Zeichnung durchaus verschieden. Ein anderes Geschöpf, das ganz grundlos dem Fluch der Verachtung anheimfällt, ist die Kröte. Die Kröten nennen sie mit Vorliebe „heuschrecke und giftig“, aber die Kröten erkennen mehr und mehr, von wie großem Wert die Kröte als Vernichter schädlicher Insekten ist, und sie bauen den Kröten sogar kleine Häuschen, um sie an ihre Beute zu helfen. Unter den Säugtieren ist das Biest ein solcher Ausgestoßener, der unter einem Vorurteil viel zu leiden hat. Das Biest richtet vielleicht hier und da kleine Schädigungen an, aber diese sind gar nicht der Rede wert gegenüber dem großen Nutzen, den dieser kleine und gekrümmte Roser durch die Vertilgung von Heuschrecken und Käfern bewirkt. Nicht minder unangebracht ist man gegen die Otter, von der gesagt wird, daß sie von Frühen lebe. Das ist aber ein Irrtum. Die Hauptnahrung der Otter besteht in Fischen und Mäusen, und man sollte sie daher in Ruhe lassen, anstatt sie so unheimlich zu verfolgen.

— Ungeziefervergiftung. Gegen Mücken ist ein tödliches Ansmischen mit Kalhol oder Pechol probiert. Wegen welcher der gelben Kammerlärchenpulver auf Zimmerwiederkehr. Schwaben vertilgt man sicher, wenn man über Nacht in Bier getränkte Tücher an die Erde legt, man kann sie darin mit Leichtigkeit fangen und verbrennen. Ameisen entziehen, wenn man ihren Weg mit Krebse einreicht. Mägen vertilgt man mit Zugluft nach Insektenpulver, das natürlich bei geschlossenen Fenstern anzuwenden ist. Auch mit Gurken-schalen kann man Schwaben leicht vertreiben. Abends bestreut man die Stellen und den Fußboden, wo die Kröten sich aufhalten, mit frischen Gurkenschnitten, steht man nach einer halben Stunde nach, so wird man den Boden und die Stellen um die Schalen herum von den Tieren befreit finden, um den Saft der Schalen auszusaugen. Die Kröten lassen sich nun leicht töten. Nimmt man diese Brocken mehrere Abende hintereinander vor, wird man bald von den lästlichen Käfern befreit sein.

Aus dem Vereinsleben.

— „Deutscher Demokratischer Jugendbund“. Heute Donnerstagabend 8 Uhr findet in der Geschäftsstelle, Michaelsberg 2, 1. ein Vortrag statt. Herr Horst Albert aus Wehrich spricht über „Die Kirche im Volkstum“. Die Mitglieder werden um zahlreiches Erscheinen gebeten.

in Magdeburg natürlich besonders beachteten Mittelland-land. Überhaupt können die Reichs- und Kommunalbehörden der Ausstellung eine erhebliche Aufmerksamkeit zuwenden zu haben. Das Reichsverkehrsministerium zeigt periphere Hoch- und Tiefbauten, Siedlungsanlagen für Beamte, Modelle neuer Wagons, und alle möglichen Apparate. Die Reichsverwaltung stellt ein modernes Fernsprechanlage auf, bei dem man sich selbst automatisch mit der falken Nummer verbinden kann.

Auch die Halle für Sozialfürsorge, die noch rein wissenschaftlichen Grundgedanken aufbaut, bietet eine Fülle interessanter Materialien. Mit Illustrationen und Statistiken wird man über den Kampf gegen die Seuchen unterrichtet, die Wege der allgemeinen Hygiene und der besonderen Hygiene innerhalb der Werkstätte werden gezeigt. Hier ist natürlich auch bereits ein großes Betätigungsfeld für die Industrie, die sich mit der Verfertigung von chemischen und technischen Hilfsmitteln der hygienischen und sozialen Hygiene befaßt. In einem engen Zusammenhang mit dieser Halle steht der Inhalt der Halle „Siedlung“, auf dem im wesentlichen die Kommunen und zahlreiche Siedlungs-gemeinschaften betreten haben. Hier steht man auch eine kleine Probe der Glasarchitektur, deren bekannter Vorkämpfer bekanntlich Bruno Taut ist. Es ist sehr bedauerlich, daß man nicht im freien ein größeres Gebäude aus Glas errichtet hat, das eine bessere Beurteilung der Richtung ermöglicht hätte.

Im übrigen tritt der Ernst Tauts in der Gestaltung der Ausstellung darin sehr stark hervor, daß eine harmonisch freudig bühnenhaft wirkt. Jede der 11 Hallen, die man zur Aufnahme der Mämi errichtet hat, ist im Innern auf eine Farbe getüncht, und man hat wenigstens den Versuch gemacht, die einzelnen Rollen und Ausstellungsgegenstände auf diese Farbe abzustimmen. Das äußere Bild der Ausstellung aber wird bestimmt durch zahlreiche Einzelgebäude großer Firmen, die in bizarren, aber oft sehr hübschen Formen gestaltet und in großer Schönheit ausgeführt sind. Besonders reizvoll ist der ein wenig groteske Pavillon der großen Magdeburger Schokoladenfirma Hauswald, der von Karl Kraus, dem ersten Mitarbeiter Tauts, entworfen ist. Bedauerlich ist nur, daß man Taut nicht einen stärkeren Einfluß auf die architektonische Gestaltung des ganzen Unternehmens eingeräumt hat. Das Gelände, der wunderbare Rote-Horn-Park, ist mit seinen vorhandenen Anlagen und dem tief gelegenen Moß-Wittgen-See, der eine

Sport.

• Rad-Sportklub 1907 Wiesbaden, 6. u. Sonntag, den 2. Juli, haben die 100-Kilometer-Bewerkschaft für Junioren und 25 Kilometer für Seniores auf der neu gelegenen Rennstrecke im Karol Park. Start für die Junioren um 6 Uhr mittags am Gohlhaus „Zur Sonne“ in Höhe Wendepunkt am Kilometerstein 34,6 bei Rüdershausen. Ziel wieder in Höhe. Die Strecke wird zweimal durchfahren. Start der Seniores wie bei den Junioren. Wendepunkt am Kilometerstein 22 am Dreihäuser Weg unterhalb Hölzchen und zurück nach Höhe. Die Strecke wird nur einmal durchfahren. Am 23. Juli werden die besten deutschen Berufsfahrer anlässlich des großen Fieles von Deutschland über 1000 Kilometer auch unsere Stadt durchfahren. Die Vereinigung der Bundesfahrer im hiesigen Gebiet vom Gau 9 des D. D. R. hat eine besonders ehrenvolle Aufgabe an diesem Tage, indem ihnen die Kennleitung der Hauptzentrale mit 20 Minuten Zwangspause übertragen hat. Die Fahrer kommen an diesem Tag der dritten und letzten Etappe von Mannheim über Darmstadt, Frankfurt nach Wiesbaden zur Hauptkontrolle Gohlhaus „Zur Sonne“ in der Karstraße. 20 Minuten Zwangspause und setzen nach Ablauf dieser Zeit über die Elferne Hand, Langenschwalbach, Kessel, Hölzchen, Raffen, Niederlahnstein, Koblitz, Bonn zum Ziel nach Köln. Die Fahrer werden in der Zeit zwischen 1/2 12 und 1/2 13 Uhr die Frankfurter Straße, Rheinstraße, Bismarck-Ring und Seerabenstraße durchfahren.

Empfindliche Füße

können Continental-Absätze und Sohlen nicht entbehren. Der Gang wird sicher und elastisch; weite Strecken können ohne vorzeitige Ermüdung zurückgelegt werden. Viel haltbarer und billiger als Leder. Der Name „Continental“ bürgt für Qualität.

Continental
Absätze und Sohlen

Erhältlich bei jedem Schuhmacher.

So gut wie Continental-Relais!

Juwelenbesitzer

Welche die Absicht haben Brillanten, Schmuck, sowie Gold- und Silbergegenstände zu veräußern, wenden sich vertrauensvoll an untenstehende handelsgerichtlich eingetragene Fachfirma, die sichere Gewähr dafür bietet den höchstmöglichen Preis zu erlangen, und erfreuen sich Verkäufer einer streng reellen und diskreten Bedienung.

Juwelen-Ankaufsstelle Brigosi

Grabenstraße 5, 1. Etage.

Geschäftsstunden von 9—1 und von 2—6 Uhr.

Goldstern
Silberstern Cabinet

die Marken der Kenner.

Feinster Obstschäumwein.

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften:

Lischu A.-G. Wiesbaden.

Die Miama.

Von Erich Köhler.

Die Stadt Magdeburg, durch Bruno Taut während des letzten Jahres schon mit viel Energie und noch mehr Farbe aus ihrer Ruhe aufgeweckt, im Begriff, durch die Verwirklichung des Mittellandplans einer der wichtigsten Brennpunkte des deutschen Wirtschaftslebens zu werden, hat das Bedürfnis empfunden, ihren Namen mit Energie in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses zu rufen. Als das wirksamste Mittel dafür erschien eine Ausstellung. Die außerordentlich zahlreichen Kräfte, die, allen einzelnen Streiks und ähnlichen Erscheinungen zum Trotz, doch tatsächlich in der Arbeit am deutschen Wiederaufbau wirksam sind, drängen in im verstärkten Maße darnach, Rückhalt zu halten auf die unter Mühen und Räten durchlaufene Straße und Vorkomm auf kommende Möglichkeiten. Aus der Fülle der Probleme, die das große Thema des Wiederaufbaus entrollt, hat man in Magdeburg drei Gebiete herausgearbeitet: Siedlung, Sozialfürsorge und Arbeit, um in der „Miama“ (Mitteldeutsche Ausstellung Magdeburg) eine theoretische und praktische Übersicht über alle Fragen und Aufgaben auf diesen Gebieten zu geben. Anregung der ganzen Ausstellung ist der Stadtverordnetenpräsident Riller, die Stadtverwaltung hat unter tatkräftiger Führung des Oberbürgermeisters Feins den Gedanken nachdrücklich gefördert und unterstützt.

Am Tage ihrer Eröffnung ist die „Miama“ so wenig fertig als Ausstellungen gewöhnlich. Aber im Gegensatz etwa zu der Münchener Gewerbebau sind doch große Teile der Miama so weit fortgeschritten, daß Besen und Ziel erkennbar werden. Das gilt in erster Linie für die außerordentlich bemerkenswerte Verkehrshalle. Ich glaube, daß wohl noch niemals auf einer Ausstellung das Netz der deutschen Binnenwirtschaftsbeziehungen eine so gründliche und erhellende Darstellung erfahren hat wie hier. Nicht nur die zuständigen Reichsministerien, sondern auch insbesondere eine große Zahl von Kammerverbänden haben diesem Teil der Miama durch Abbildungen und oft ausgezeichnete plastische Darstellungen interessanten Gehalt gegeben. Das gilt für das Ruhrgebiet, für das Kanalgebiet der Weser und der Oder, für das überaus interessante Problem des Main-Donau-Kanals und nicht zuletzt für den

natürliche Schmelzlinie des Vergnügungsparks von der eigentlichen Ausstellung bildet, so seien günstig, daß ein einheitlicher architektonischer Wille das äußere Bild sichtlich überaus reichvoll hätte gestalten können.

Man darf allerdings bei aller Anerkennung für die geleistete Arbeit nicht verhehlen, daß auch ein organisatorischer Wille im einzelnen überhaupt nicht sehr bemerkbar wird. Ob die Vertung der Ausstellung mit allen beschränkten Mitteln arbeiten mußte, ob ihr selbst die nötige Übersicht und Konzentrationskraft fehlt, kann ich nicht beurteilen. Wohl aber ist zu sagen, daß die überaus wertvollen und erhellenden Bestandteile der Ausstellung durch Mängel, Störungen und ähnliche Dinge in einer mitunter etwas schmerzhaften Weise überwunden werden. Selbst in der bedeutungsvollen Halle für Kommunalwirtschaft, die sehr wesentliche Dinge aus der Arbeit großer Kommunen zeigt, steht man plötzlich vor Ständen seltsamer Gemälde, und wenn man die mit Spannung erwartete Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Welt in der Welt draußen irgendwo eine neue Erklärung finden müssen, Aufführungen über die Rolle und alle Dolmetschungen der Weltbeimut geben sollen. Abgesehen von diesen Mängeln, die durch ein Gesamtbild der Gewerbebauarbeiten und ihrer Bekämpfung. So bietet die Miama trotz der starken Vertretung lebenswichtiger Dinge doch auch den Besuchern eine Fülle von Anregung und Wissen, die auf ihr Kenntnis von den großen Problemen des deutschen Wiederaufbaus gewinnen wollen.

Trotzdem soll denn anerkannt werden, daß dieser erste Ausstellungsversuch in Magdeburg viel guten Willen und manches schöne Gelingen gezeigt hat. Man kann auch sehr wohl damit rechnen, daß, wenn erst alle Hallen sich gefüllt haben, das Gesamtbild eine erfreuliche Beschreibung im Gedächtnis bleiben wird. Und dazu werden in nicht geringem Umfang auch die wechselnden Ausstellungen beitragen, die in einer für diesen Zweck errichteten Halle vorgehalten sind. Sie dient zunächst der Aufnahme einer Gesamtschau des Auslandsverkehrs Stuttgart, die als Auslandsverkehrsausstellung den Volkswirtschaften, die in der Welt draußen irgendwo eine neue Erklärung finden müssen, Aufführungen über die Rolle und alle Dolmetschungen der Weltbeimut geben sollen. Abgesehen von diesen Mängeln, die durch ein Gesamtbild der Gewerbebauarbeiten und ihrer Bekämpfung. So bietet die Miama trotz der starken Vertretung lebenswichtiger Dinge doch auch den Besuchern eine Fülle von Anregung und Wissen, die auf ihr Kenntnis von den großen Problemen des deutschen Wiederaufbaus gewinnen wollen.

